



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet

Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de

Veröffentlichungsdatum: 25. September 2017

Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse

Veröffentlichungspflichtiger: HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH,
Hamburg

Fondsname:

ISIN:

Auftragsnummer: 170912002747

Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Hamburg

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016

Bilanz zum 31.12.2016

Aktivseite

	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	260.064,00		262
2. Geleistete Anzahlungen	225.457,25		83
		485.521,25	345
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		342.137,00	370
		827.658,25	715
B. Umlaufvermögen			



	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	603.230,61		552
davon gegen Gesellschafter € 33.067,61 (Vj. TEUR 9)			
2. Forderungen aus Aufwandsausgleich	12.040,22		0
davon gegen Gesellschafter € 12.040,22 (Vj. TEUR 0)			
3. sonstige Vermögensgegenstände	2.043.651,53		2.830
davon gegen Gesellschafter € 242.348,19 (Vj. TEUR 128)		2.658.922,36	3.382
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.465.284,83	420
		4.124.207,19	3.802
C. Rechnungsabgrenzungsposten		126.724,52	86
		5.078.589,96	4.603

Passivseite

	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	60.000,00		60
		60.000,00	60
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.171.706,00		2.835
2. Steuerrückstellungen	66.568,00		66
3. sonstige Rückstellungen	747.990,33		851
		3.986.264,33	3.752
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	94.414,29		94



	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	402.891,26		395
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 402.891,26 (Vj. TEUR 395)			
3. Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	0,00		186
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00 (Vj. TEUR 186)			
davon gegen Gesellschafter € 0,00 (Vj. TEUR 186)			
4. sonstige Verbindlichkeiten	535.020,08		116
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 535.020,08 (Vj. TEUR 116)			
davon aus Steuern € 138.262,21 (Vj. TEUR 74)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 17.196,70 (Vj. TEUR 15)			
		1.032.325,63	791
		5.078.589,96	4.603

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016

	EUR	EUR	2015 TEUR
1. Umsatzerlöse		5.377.301,27	5.386
2. sonstige betriebliche Erträge		5.439.688,74	5.542
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.122.302,35		2.591
		3.122.302,35	2.591
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.176.793,03		4.072
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	826.435,04		1.109



	EUR	EUR	2015 TEUR
davon für Altersversorgung € 137.964,00 (Vj. TEUR 442)			
		5.003.228,07	5.181
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		334.298,09	258
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.097.983,30	2.625
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		13.018,93	18
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		138.716,00	155
davon Aufwendungen aus Aufzinsung: € 138.716,00 (Vj. TEUR 155)			
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-129.317,81	-132
10. Ergebnis nach Steuern		4.163,32	4
11. sonstige Steuern		-4.163,32	-4
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

1. Allgemeine Angaben

Die HVV GmbH hat ihren Sitz in Hamburg und ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Hamburg eingetragen. (Reg.Nr. HRB 10497)

Der Jahresabschluss 2016 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Er wurde entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages nach den Grundsätzen für große Kapitalgesellschaften gemäß § 264 ff. HGB erstellt.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet. Die Vorjahreszahlen der sonstigen Umsatzerlöse und der Übrigen Erträge sowie der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund der Neufassung von § 277 (1) HGB durch das BilRUG nicht vergleichbar.

2. Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung

Die im Folgenden beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauer für immaterielle Vermögensgegenstände wird mit drei bzw. fünf Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen drei und 13 Jahren zugrunde gelegt. Die Abschreibungen erfolgen linear und werden gemäß den geltenden Vorschriften pro rata temporis vorgenommen.

Die geringwertigen Anlagegüter mit einem Anschaffungswert bis zu 410,00 EUR werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Die Vorjahressammelposten werden bis zum jeweiligen Ablauf der 5 Jahresfrist abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag bilanziert. Sie werden bei Uneinbringlichkeit ausgebucht. Einzelwertberichtigungen waren nicht vorzunehmen.

Die Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten lauten auf Euro und sind zum Nominalwert angesetzt.

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben abgegrenzt, die zum Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag führen.

Das Eigenkapital wird zum Nennbetrag gemäß § 272 Abs. 1 S. 2 HGB bilanziert.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sind die Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften von Pensionsverpflichtungen dahingehend geändert worden, dass der von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebene Diskontierungssatz maßgebend ist. Für die Jahre 2010 bis 2015 erfolgte die Verteilung der Zuführung zur Rückstellung (Unterschiedsbetrag) mit 1/15 je Geschäftsjahr gemäß Art. 67 Abs.1 EGHGB. Abweichend von den Vorjahren wird im Geschäftsjahr 2016 der verbleibende Unterschiedsbetrag den Rückstellungen vollumfänglich zugeführt und gemäß Art. 75 Abs.5 EGHGB bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwendungen nach Art. 67 Abs.1 und 2 EGHGB ausgewiesen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt gemäß IDW RS HFA 30 nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren. Rechnungsgrundlage waren die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszins von 4,01 % zum 31.12.2016. Die Ermittlung der Pensionsverpflichtung erfolgte auf Basis der Gehaltsdaten zum 31.12.2016 und einem Gehalts- und Rententrend von 2 % p. a. sowie einer Fluktuationsquote von 0 %. Gemäß Art. 75 Abs. 6 Satz 1 EGHGB n.F. i.V.m. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB n.F. sind die Altersversorgungsverpflichtungen im Jahresabschluss unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre) bewertet worden. Hieraus ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 328 TEUR.

Die Bewertung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgt gemäß IDW RS HFA 3 unter Berücksichtigung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bewertungsvorschriften. Den Berechnungen wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 1,68 % entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit sowie einen Einkommenstrend von 2 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen und sind nach dem Betrag, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Soweit kein Rückzahlungsanspruch mehr besteht, werden sie ausgebucht.

Aktive und passive latente Steuern werden, soweit vorhanden, miteinander saldiert. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

BILANZERLÄUTERUNGEN

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel ist aus der Anlage 1 zu entnehmen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag EUR	Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR	Gesamtbetrag Vor- jahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	603.230,61	603.230,61	552.412,71
Forderungen aus Aufwandsausgleich	12.040,22	12.040,22	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	2.043.651,53	2.043.651,53	2.830.113,35
Summe	2.658.922,36	2.658.922,36	3.382.526,06

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 33 TEUR enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen die Kapitalanlage bei der HGV (1.800 TEUR) sowie Anspruch auf Umsatzsteuererstattungen (225 TEUR) gegenüber der FHH (Gesellschafter), Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg, enthalten.

3. Forderungen aus Aufwandsausgleich

Die Forderungen aus Aufwandsausgleich entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den auszugleichenden Aufwendungen und den Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr (diese entsprechen nicht dem genehmigten Gesamtbudget).

4. Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel beinhalten zum Stichtag 31. Dezember 2016 einen Kassenendbestand in Höhe von 2 TEUR und ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.463 TEUR.

5. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen gezahlte Versicherungsbeiträge sowie Marketingaufwendungen.

6. Gezeichnetes Kapital

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt am 31. Dezember 2016 60.000,00 EUR.

Gesellschafter sind:

	31.12.2016 EUR	Vorjahr EUR
Freie und Hansestadt Hamburg	51.300,00	51.300,00



	31.12.2016	Vorjahr
	EUR	EUR
Land Schleswig-Holstein	1.800,00	1.800,00
Landkreis Harburg	600,00	600,00
Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.200,00	1.200,00
Kreis Herzogtum Lauenburg	900,00	900,00
Kreis Pinneberg	900,00	900,00
Kreis Segeberg	900,00	900,00
Kreis Stormarn	900,00	900,00
Landkreis Lüneburg	900,00	900,00
Landkreis Stade	600,00	600,00
	60.000,00	60.000,00

7. Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden mit 148 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 485 TEUR. Die zum 01.01.2010 nach BilMoG erforderliche Zuführung zur Rückstellung (Unterschiedsbetrag) belief sich auf 568 TEUR. Der verbleibende Unterschiedsbetrag in Höhe von 341 TEUR wird im Geschäftsjahr 2016 vollumfänglich zugeführt.

Die Steuerrückstellungen betreffen die Körperschaftsteuer für 2015 mit 33 TEUR inkl. Solidaritätszuschlag sowie die Gewerbesteuer für 2015 mit 33 TEUR und die Gewerbesteuer für 2016 mit 1 TEUR.

Die sonstigen Rückstellungen (748 TEUR) betreffen Urlaubsrückstellungen (89 TEUR), Altersteilzeitverpflichtungen (331 TEUR), Jubiläumszuwendungen (113 TEUR), die Prüfung der Einnahmenaufteilung (9 TEUR), Prüfung der Qualitätssteuerung (7 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (181 TEUR) und Aufstellungs- und Prüfungskosten für den Jahresabschluss und die Steuerberatung (18 TEUR).

8. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung:

	Gesamtbetrag	davon Restlaufzeit	Gesamtbetrag Vor-
	EUR	unter 1 Jahr	jahr
		EUR	EUR
Erhaltene Anzahlungen	94.414,29	94.414,29	94.414,29
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	402.891,26	402.891,26	395.121,51



	Gesamtbetrag EUR		davon Restlaufzeit unter 1 Jahr EUR		Gesamtbetrag Vor- jahr EUR	
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	0,00		0,00		185.779,33	
Sonstige Verbindlichkeiten davon gegenüber Behörden d. FHH davon aus Steuern davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	535.020,08	138.262,21	535.020,08	138.262,21	116.274,81	73.857,61
	138.262,21	17.196,70	138.262,21	17.196,70	73.857,61	14.802,98
Summe	1.032.325,63		1.032.325,63		791.589,94	

Für die Position Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich ist aus Gründen der Bilanzklarheit eine Umbenennung erfolgt (vorher Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter). Diese entstanden im Vorjahr aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr und den auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses. Im Berichtsjahr 2016 ergaben sich aus diesem Unterschiedsbetrag erstmalig Forderungen aus Aufwandsausgleich.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Aufgliederung nach Tätigkeitsbereichen unter Berücksichtigung des BilRUG.

	2016 EUR	Vorjahr EUR
Marktkommunikation	2.358.865,68	2.600.049,80
AG Absatz	371.676,71	440.405,59
Verkehrserhebung	623.935,99	586.091,55
EAV inkl. AFZS-Bus	537.197,09	503.869,06
eTicketing	604.890,08	452.976,54
Qualitätssteuerung Projekt	108.861,12	106.153,22
Qualitätssteuerung Vertrieb	23.804,95	25.092,00
Haltestellenumfeld-Koordination	162.763,87	160.369,34
Kundendialog	131.992,10	155.061,48
Einnahmensicherung	160.862,52	144.062,37
Verbündekooperation	14.250,00	14.250,00
Miet- u. Dienstleistung KCW GmbH	60.912,00	60.912,00

	2016 EUR	Vorjahr EUR
Sonstige Umsatzerlöse	217.289,16	137.068,00
Summe	5.377.301,27	5.386.360,95

Bei Anwendung des BilRUG für das Vorjahr hätten sich Sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 277 TEUR ergeben. Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen Einnahmen aus Sonderaufgaben für die Verkehrsunternehmen und Weiterberechnungen sowie Erstattungen.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge unter Berücksichtigung des BilRUG.

	2016 EUR	Vorjahr EUR
Erträge aus der Aufwandserstattung der Gesellschafter	5.422.722,93	5.311.950,09
Erträge aus Fördermittel	0,00	28.787,50
Übrige Erträge	16.965,81	201.199,57
Summe	5.439.688,74	5.541.937,16

Bei Anwendung des BilRUG für das Vorjahr hätten sich Übrige Erträge in Höhe von 61 TEUR ergeben. Die übrigen Erträge beinhalten im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen Periodenfremde Erträge (7 TEUR) und Erträge von der Bundesagentur für Arbeit nach dem AltTZG (6 TEUR).

3. Materialaufwand

Der Gesamtmaterialaufwand erfolgt unter der Berücksichtigung des BilRUG. Der Materialaufwand beinhaltet Aufwendungen für Marketing und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen sowie IT-Kosten in Höhe von 3.122.302,35 EUR. Bei Anwendung des BilRUG für das Vorjahr hätte sich ein Gesamtmaterialaufwand in Höhe von 3.399,548,02 EUR ergeben.

4. Personalaufwand

	2016 EUR	Vorjahr EUR
Löhne und Gehälter	4.176.793,03	4.072.150,96
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	826.435,04	1.109.430,12
Summe	5.003.288,07	5.181.581,08

5. Abschreibungen

Die Abschreibungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Abschreibungen von immateriellen Wirtschaftsgütern 190 TEUR und Abschreibungen von Sachanlagevermögen 104 TEUR.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Angaben zur den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfolgten unter Berücksichtigung des BilRUG. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Inanspruchnahme von Dienstleistungen, sonstige Dienstleistungen, die Miet- und Nebenkosten, Beiträge und Versicherungen, Bürobedarf, Fortbildungskosten sowie Jahresabschluss- und Buchführungskosten – davon periodenfremd (50 TEUR) –. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten infolge der Streichung des Postens „außerordentliche Aufwendungen“ durch das BilRUG im Geschäftsjahr 2016 erstmalig Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB (Aufstockung der Pensionsrückstellung) in Höhe von 341 TEUR, die in den Vorjahren als außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen wurden. Bei Anwendung des BilRUG für das Vorjahr hätten sich sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 1.816.600,05 EUR ergeben.

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus erhaltenen Skonti.

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Pensions-, Jubiläums- und Altersteilzeitrückstellungen beträgt 139 TEUR.

9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr 2016 ergeben sich latente Steuern, die aus den von steuerlichen Grundsätzen abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen resultieren und sich wie folgt darstellen:

	Handelsbilanz EUR	Steuerbilanz EUR	Differenz EUR	Latente Steuern (Steuersatz: 32,275) EUR
Pensionsrückstellungen	3.171.706,00	2.119.522,00	1.052.184,00	
Altersteilzeitrückstellungen	330.566,00	297.414,00	33.152,00	
Jubiläumsrückstellungen	113.277,00	89.856,00	23.421,00	
Summe	3.615.549,00	2.506.792,00	1.108.757,00	357.851,32
davon aus Vorjahren			845.903,00	273.015,19

Auf eine Aktivierung der vorstehenden aktiven Steuerlatenzen wurde in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Das handelsrechtliche Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf insgesamt 129 TEUR, eine Aktivierung von aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge erfolgte nicht.

SONSTIGE ANGABEN



1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 733 TEUR.

Aus Mietverträgen (Objekt Steindamm 94) entstehen für 2017 voraussichtlich Verpflichtungen in Höhe von 382 TEUR.

Der Mietvertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren, mit einer Option auf weitere fünf Jahre, und ist erstmalig zum 31.08.2022 mit einer Frist von 11 Monaten kündbar.

Zum 31.12.2016 bestanden offene Aufträge mit einem Wert von 351 TEUR, die in 2017 abgewickelt werden.

2. Angaben zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Der Personalbestand betrug im Jahresdurchschnitt 64 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 64) ohne Geschäftsführung.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich im Geschäftsjahr aus 64 Angestellten bei keinen gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusammen.

3. Abschlussprüferhonorar

Für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 wurden 13.400,00 EUR in Rechnung gestellt.

4. Nicht marktübliche und wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Personen

Als marktunübliches und wesentliches Geschäft mit nahestehenden Personen ist die im Gesellschaftsvertrag festgelegte Fehlbetragsfinanzierung durch die Gesellschafter zu benennen.

5. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

6. Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Herr Andreas Rieckhof

Staatsrat, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Vorsitzender

Herr Michael Roesberg

Landrat, Landkreis Stade

stellvertretender Vorsitzender

Frau Mona Andresen (eingetreten 07.07.2016)

Regierungsdirektorin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein



Frau Christine Beine

Bereichsleiterin, Geschäftsbereich Infrastruktur, Handelskammer Hamburg

Herr Raimund Brodehl (eingetreten 07.07.2016)

Stellvertretender Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Dr. Rolf-Barnim Foth

Stabsbereichsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Stefan Geisendörfer

Regierungsdirektor, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Norbert Hogreve (ausgetreten 07.07.2016)

ehem. Stellvertretender Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Herr Martin Huber

Amtsleiter, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Frau Petra Grewe

Beteiligungsreferentin, Finanzbehörde Hamburg

Herr Klaus Kucinski

Ltd. Kreisbaudirektor, Kreis Stormarn

Herr Dr. Christoph Mager

Landrat, Kreis Herzogtum Lauenburg

Herr Günther Meienberg (ausgetreten 07.07.2016)

Ministerialdirigent a.D., Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

Frau Dr. Liane Melzer

Bezirksamtsleiterin, Bezirksamt Altona

Herr Hans-Joachim Menn

Geschäftsführer, Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH

Herr Manfred Nahrstedt

Landrat, Landkreis Lüneburg

Frau Marit Pedersen

Abteilungsleiterin, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg

Herr Rainer Remppe

Landrat, Landkreis Harburg

Herr Jan Peter Schröder

Landrat, Kreis Segeberg

Herr Oliver Stolz

Landrat, Kreis Pinneberg

Frau Dr. Tina Wagner

Stellvertretende Abteilungsleiterin, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg

Für die Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr 2016 Sitzungsgelder in Höhe von 3.920,00 EUR gezahlt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

- Lutz Aigner, – Sprecher der Geschäftsführung –
- Dietrich Hartmann

Die Bezüge der Geschäftsführung im **Berichtsjahr** stellen sich wie folgt dar:

	Erfolgsunabhängige Bezüge		Erfolgsabhängige Bezüge	Gesamtbezüge	Versorgungsaufwendungen
	Grundgehalt in TEUR	Nebenleistungen in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Aigner, Lutz	164	14	16	194	88
Hartmann, Dietrich*	125	7	16	148	25
Summen	289	21	32	342	113



*Herr Dietrich Hartmann ist beurlaubter Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg

Hinsichtlich der Angaben zu den Gesamtbezügen früherer Mitglieder der Geschäftsführung wurde die Erleichterung gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eine Entsprechenserklärung nach dem Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist als Anlage 2 beigefügt.

Hamburg, den 17. März 2017

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Lutz Aigner, Geschäftsführer

Dietrich Hartmann, Geschäftsführer

Anlagenspiegel 2016

	Stand am 01.01.2016 EUR	Anschaffungskosten Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Nutzungsrechte und Software	1.200.476,42	188.090,04	52.319,17	1.336.247,19
Geleistete Anzahlungen	83.150,00	142.307,25	0,00	225.457,25
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.102.109,86	116.698,05	53.799,17	1.165.008,74
Summe	2.385.736,28	447.095,34	106.118,44	2.726.713,18
	Stand am 01.01.2016 EUR	Abschreibungen Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				



	Abschreibungen			Stand am 31.12.2016 EUR
	Stand am 01.01.2016 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	
Nutzungsrechte und Software	938.547,42	189.955,04	52.319,27	1.076.183,19
Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	732.327,86	144.343,05	53.799,17	822.871,74
Summe	1.670.875,28	334.298,09	106.118,44	1.899.054,93
Buchwert				
		Stand am 31.12.2016 EUR		Stand am 31.12.2015 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Nutzungsrechte und Software		260.064,00		261.929,00
Geleistete Anzahlungen		225.457,25		83.150,00
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		342.137,00		369.782,00
Summe		827.658,25		714.861,00

Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2016

Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Hamburger Verkehrsverbund GmbH haben im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016 mit einer Ausnahme alle Regelungen des Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK) eingehalten, die jeweils vom Aufsichtsrat und der Geschäftsführung zu verantworten sind.

Von folgenden Punkten wurde abgewichen:

7.1.1 Die Fristen zur Abgabe des Jahresabschlusses sind nicht in den Statuten der HVV GmbH festgelegt. Die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben und die der Gesellschafter werden eingehalten.

Bad Segeberg, den 20. April 2017

gez.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1. Allgemeine Grundlagen

Eine Fahrkarte, ein Tarif und ein abgestimmtes Verkehrsangebot, das sind die Vorteile eines Verkehrsverbundes und nach diesem Prinzip arbeitet auch der Hamburger Verkehrsverbund (HVV). Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurde die Gesellschaft Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV GmbH) gegründet. Heute übernimmt die HVV GmbH für drei Bundesländer, sieben Kreise und Landkreise, 30 Verkehrsunternehmen und rund 3,4 Mio. Einwohner das Management des gesamten Verkehrsangebotes, d. h. für alle Bus-, Fähr- und Regionalverkehrsleistungen im HVV.



Fahrgast- und Einnahmenentwicklung des Verbundes

Trotz anhaltend niedriger Kraftstoffpreise, stark zunehmendem Fahrradverkehr und stagnierender Schüler- und Auszubildendenzahlen haben sich die Nachfragekennziffern des Hamburger Verkehrsverbundes im Jahr 2016 positiv entwickelt.

Die Fahrgastzahl ist im abgelaufenen Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr von 751,0 Millionen auf 770,5 Millionen angestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,6 Prozent bzw. 19,5 Millionen Fahrgästen. Die Fahrgeldeinnahmen stiegen im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr von 788,6 Millionen Euro auf 825,5 Millionen Euro, was einer Steigerung um 4,7 Prozent bzw. 36,9 Millionen Euro entspricht. Dabei resultieren etwa 13,8 Millionen Euro Mehreinnahmen aus der letzten Tarifierhebung vom 01.01.2016.



Die erfreuliche Nachfrageentwicklung resultiert hauptsächlich aus der überdurchschnittlich gestiegenen Nachfrage bei den Zeitkarten des Berufsverkehrs und den SemesterTickets. Zudem führte die zum Februar 2016 neu eingeführte HVV-Mobilitätskarte für Hamburg zugewiesene Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu einem zusätzlichen Fahrgastaufkommen.

Im Jahr 2016 verzeichnen die Allgemeinen Zeitkarten eine im Vergleich zum Vorjahr anhaltend positive Nachfrageentwicklung. Die Fahrgastzahl stieg im Jahr 2016 um 7,5 Millionen bzw. 3,2 Prozent auf 238,9 Millionen an.

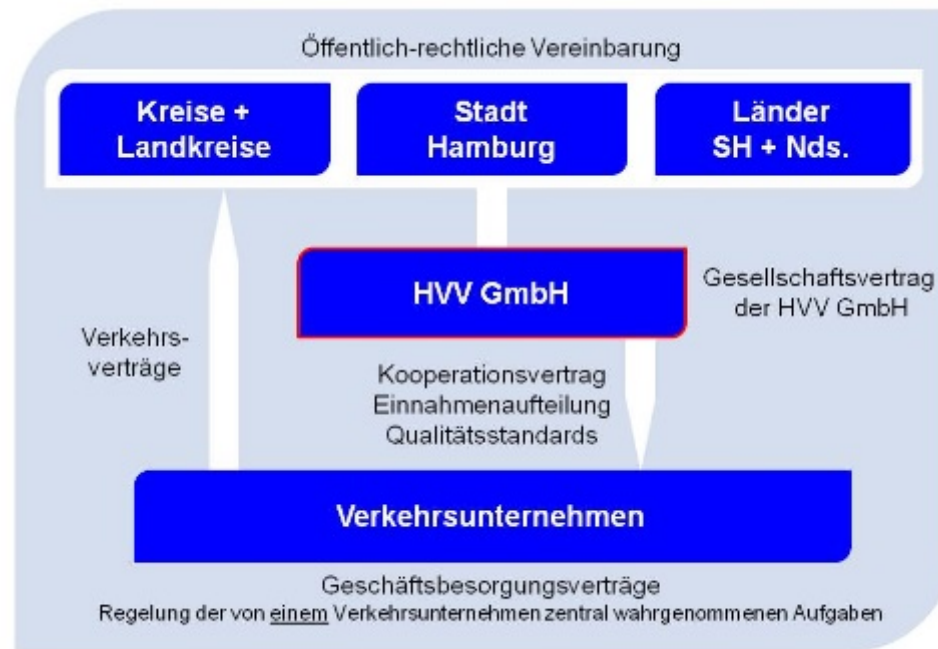
1.2. Organisatorische Struktur

Die HVV GmbH ist in ein drei Ebenen-Modell eingebunden. In dieser Aufgabenteilung wird von der politischen Ebene die Aufgabenträger- und Bestellerfunktion für den ÖPNV wahrgenommen. In deren Auftrag übt die HVV GmbH Regie- und Managementfunktionen aus. Die Verkehrsunternehmen sind für die Erstellung der Leistung verantwortlich. Ihre Arbeit wird im Hinblick auf ein integriertes, für die Kundinnen und Kunden leicht zugängliches Angebot vom HVV koordiniert.



Die verantwortlichen Gebietskörperschaften (Aufgabenträger), als Gesellschafter der HVV GmbH, finanzieren den entstehenden Aufwand der HVV GmbH in Form eines Fehlbetragsausgleichs. Im Rahmen des jährlich erstellten Wirtschaftsplanes werden dem Aufsichtsrat die Projektschwerpunkte zur Genehmigung vorgelegt. Im Aufsichtsrat der HVV GmbH wird nicht nur die Gesellschaft kontrolliert, sondern es werden auch die wesentlichen Entwicklungen der Nahverkehrspolitik im HVV-Gebiet diskutiert.

Der zweite wesentliche Finanzierungsblock besteht aus Beiträgen der Verkehrsunternehmen, die dauerhafte zentrale Verbundtätigkeiten (ZVH) beauftragen.



Als Plattform zur Erfüllung der umfangreichen Koordinations-, Führungs- und Steuerungsaufgaben im Verbund stehen im Wesentlichen Gremien, wie die Aufgabenträgerversammlung und der Unternehmensbeirat mit den angeschlossenen Arbeitskreisen sowie der Fahrgastbeirat der HVV GmbH zur Verfügung. In überregionalen Gremien vertritt die Gesellschaft die Interessen der Aufgabenträger des ÖPNV im Verbundgebiet.



Ferner werden von der HVV GmbH verbundübergreifende operative Leistungen erbracht, die von den beteiligten Verbundverkehrsunternehmen (VVO) getragen werden.

Zentrale Verbundaufgaben der HVV GmbH (ZVH):

- ▶ Verkehrserhebung
- ▶ Einnahmenaufteilung
- ▶ Kundendialog
- ▶ Marktkommunikation
- ▶ eTicketing

- ▶ Einnahmensicherung
- ▶ Haltestellenumfeld-Koordination
- ▶ Qualitätssteuerung

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag besteht die Geschäftsführung aus zwei Personen, die die Gesellschaft gemeinsam vertreten. Eine Geschäftsanweisung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung.

Das Unternehmen untergliedert sich in folgende Bereiche und Stabsstellen:



1.3. Personal

Die Kapazitäten der Personalressourcen werden auf Basis des Vollzeitäquivalent (VZÄ) ermittelt, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Im **Jahresdurchschnitt** betrug die Personalkapazität der HVV GmbH ohne Berücksichtigung von geringfügig Beschäftigten und Aushilfen 66 Vollzeitäquivalente (Vorjahr 66 VZÄ).

Der Personalbestand wies zum **Stichtag 31.12.2016** insgesamt 65,40 VZÄ (inkl. Geschäftsführung) aus. Hiervon waren 22,05 Vollzeitäquivalente drittfinanziert (ZVH, Elternzeit, Altersteilzeit etc.). Der für das Geschäftsjahr 2016 bestehende Stellenplan umfasste 44,5 Planstellen. Die Anzahl der genehmigten Planstellen wurde zum Stichtag 31.12.2016 nicht überschritten. Die Anzahl der Teilzeitkräfte betrug zum Ende des Geschäftsjahres 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (hiervon 15 weiblich), dies entspricht 13,4 Vollzeitäquivalente (hiervon 8,55 VZÄ weiblich).

Des Weiteren waren 10 Einsatzkräfte (hiervon 5 weiblich) auf Stundenbasis für Zählungen und Befragungen am 31.12.2016 beschäftigt, die im Rahmen der ZVH-Aufgaben finanziert wurden.

Personelle Kapazität (VZÄ)

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
vollzeitbeschäftigt:			
weiblich	15,00	17,00	-2,00
männlich	37,00	36,00	1,00
teilzeitbeschäftigt:			
weiblich	8,55	7,68	0,87
männlich	4,85	4,73	0,12
Gesamt	65,40	65,41	-0,01

Altersteilzeit

Zum 31.12.2016 befanden sich 2 Beschäftigte in der passiven Phase der Altersteilzeit.

Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter betrug zum Stichtag 31.12.2016 6,046 % (4,17 Personen). Die gesetzliche Pflichtquote lag für die Gesellschaft bei 3,45 Personen.

Elternzeit

Am Jahresende befanden sich zwei Mitarbeiterinnen in Elternzeit.

Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildungsstelle mit dem Ausbildungsziel „Kauffrau/Kaufmann für Marketingkommunikation“ war im Jahr 2016 besetzt. Ferner konnte die HVV GmbH auch 2016 das „Freiwilliges Ökologisches Jahr“ (FÖJ) unterstützen und eine Einsatzstelle für ein ökologisches Bildungsjahr anbieten.

Arbeitnehmervertretung

Die Belegschaft wird durch einen Betriebsrat vertreten. Es besteht eine ungekündigte Betriebsvereinbarung, die in Anlehnung an den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der deutschen Länder die linearen Gehaltsanhebungen übernimmt.

2. Ablauf des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2016 verlief in dem von der Geschäftsführung geplanten Rahmen.

Neben der Wahrnehmung der Basisaufgaben der Gesellschaft sind im Berichtsjahr insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- die Koordination und Begleitung in Mobilitätsfragen bei der Betreuung und Integration von Flüchtlingen;
- die Schaffung und Umsetzung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Einführung des eTicketing im gesamten HVV Verbundraum in enger Zusammenarbeit mit den Verbund-Verkehrsunternehmen;
- die Ausschreibung zur Vergabe des neuen Internetauftritts des HVV;
- die Beteiligung an den Planungen für den Ausbau der Schnellbahnen (U4, U5, S21, S4);
- die Prüfung einer möglichen südlichen Tariferweiterung im SPNV;
- die Initiierung und Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Fahrgeldhinterziehung und Fahrkartenfälschung in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen im Rahmen der Einnahmensicherung;
- die Etablierung der Haltestellenumfeld-Koordination als dauerhafte Funktion im HVV;
- der Beginn des Aufbaus eines Haltestellenkatasters;
- die Planung, Koordination und Begleitung von Maßnahmen zur Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG;
- Start des Projektes „Check in – Be out“ für smartphonebasiertes Ticketing.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit waren vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der öffentlichen Hand die Anpassungen von Verkehrsleistungen, das Thema Wettbewerb im ÖPNV und SPNV sowie die Durchführung und Begleitung von Ausschreibungen.

Sofern mit den Rahmenbedingungen der Gesellschaft vereinbar, wurden Erträge von Dritten erwirtschaftet. Der geplante Fehlbetragsausgleich wurde im Geschäftsjahr um 11,0 % unterschritten und liegt 2,1 % über dem Wert des vorangegangenen Jahres.

Nachfolgende Aufstellungen geben einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft jeweils zum Vorjahresergebnis.

2.1. Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage dient die folgende auf der Grundlage der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erstellte und nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Ergebnisrechnung. Die veränderte Darstellung des Berichtsjahres orientiert sich an den Vorgaben des BilRUG (Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz):

	2016		2015		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse/Zuschüsse	5.377	49,7	5.386	49,4	-9
Erstattung der Gesellschafter	5.423	50,1	5.312	48,7	111
Sonstige betriebliche Erträge	17	0,2	210	1,9	-193
▶ Betriebsertrag	10.817	100,0	10.908	100,0	-91
Materialaufwand	-3.122	-28,8	-2.591	-23,7	-531
Personalaufwand	-5.003	-46,3	-5.181	-47,5	178
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagevermögen	-334	-3,1	-258	-2,4	-76
Übrige Betriebsaufwendungen	-2.098	-19,4	-2.581	-23,7	483
Zinsergebnis	-126	-1,2	-137	-1,3	11
Außerordentliches Ergebnis			-38	-0,3	38
Periodenfremdes Ergebnis			14	0,1	-14
▶ Ergebnis vor Steuern	134	1,2	136	1,2	-2
Ertragssteuern	-130	-1,2	-132	-1,2	2
Gewinnunabhängige Steuern	-4	0,0	-4	0,0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0,0	0	0,0	0

Das Niveau der **Umsatzerlöse** entspricht dem des Vorjahres. In das Folgejahr verschobene Aktivitäten der Marktkommunikation und umfangreichere Einführungsmaßnahmen des eTicketings im Vergleich zur Vorperiode saldieren sich.

Im Einzelnen setzen sich die **Umsatzerlöse** von Dritten unter Berücksichtigung von BilRUG wie folgt zusammen:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Marktkommunikation	2.359	2600



	2016 TEUR	2015 TEUR
Marktkommunikation AG Absatz	371	441
Verkehrserhebung	624	586
Einnahmenaufteilung	537	504
eTicketing	605	453
Haltestellenumfeld-Koordination	163	160
Kundendialog	132	155
Einnahmensicherung	161	144
Qualitätssteuerung Projekt	109	106
Qualitätssteuerung Vertrieb	24	25
Sonstige Umsatzerlöse	217	137
Miet- und Dienstleistungsverträge mit der KCW GmbH, Berlin	61	61
Kostenerstattungen Verbündekooperation	14	14
Umsatzerlöse	5.377	5.386

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Berichtsjahr Erlöse Dritter für Marktforschungsaktionen und Gutachten. Bei Anwendung von BilRUG für das Vorjahr hätten sich Erlöse in Höhe von 277 TEUR ergeben.

Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
Regie	5.735	312	5.423
Marktkommunikation (inkl. AG Absatz)	2.750	2.750	0
Verkehrserhebung	723	723	0
Einnahmenaufteilung	537	537	0
eTicketing	605	605	0
Haltestellenumfeld-Koordination	163	163	0
Kundendialog	132	132	0



Bereich	Aufwand TEUR	Ertrag TEUR	Ausgleichsbetrag TEUR
Einnahmensicherung	161	161	0
Qualitätssteuerung	24	24	0
Gesamt	10.830	5.407	5.423
zuzüglich 19 % USt			1.030
Gesamt Erstattung der Gesellschafter			6.453

Der handelsrechtliche Aufwandsüberschuss der Gesellschaft wird durch die gesellschaftsvertraglich festgelegte **Erstattung der Gesellschafter** (Aufwandsausgleich) gedeckt. Der Fehlbeitragsausgleich wird zur Deckung von 50,1 % des Gesamtaufwandes des Unternehmens benötigt.

Unter den **sonstigen betrieblichen Erträgen** wurden in der Vorperiode umfangreichere weiter zu belastende Sonderaufgaben ausgewiesen. Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis unter sonstige Umsatzerlöse.

Der **Materialaufwand** beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Marketing und Werbemaßnahmen, bezogene Fremdarbeiten und Fremdleistungen sowie IT-Kosten. Diese dienen der Wahrnehmung der zentralen Verbundaufgaben, die an die VVU weiterbelastet werden. Der vergleichbare Vorjahresaufwand beläuft sich auf 3.399 TEUR.

Der zum Vorjahr geringere **Personalaufwand** ist im Wesentlichen begründet in deutlich geringeren Aufwendungen für die Pensionsrückstellungen bei einer unveränderten Anzahl von Beschäftigten.

Die **übrigen Betriebsaufwendungen** enthalten unter anderem Büromieten, Kosten für Fremdarbeiten, EDV- und Softwarewartung, Bürobedarf und Drucksachen sowie weitere übliche Verwaltungskosten. In der Darstellung nach BilRUG enthält das Berichtsjahr zusätzlich das ehemals außerordentliche Ergebnis (-341 TEUR) und die periodenfremden Aufwendungen (-50 TEUR). Nicht enthalten sind Kosten die jetzt unter Materialaufwand ausgewiesen werden (950 TEUR). Der vergleichbare Vorjahreswert beläuft sich auf 1.817 TEUR.

Unter der Position **Zinsergebnis** werden nicht nur Zinsen und ähnliche Erträge (13 TEUR) ausgewiesen, sondern auch Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit Rückstellungsverpflichtungen (-139 TEUR).

Zusätzliche Aufwendungen für Pensionsrückstellungen aus der Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) führen zu einem **Außerordentlichen Ergebnis**. Bis zum Vorjahr wurde von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die erforderliche Zuführung auf 15 Jahre zu verteilen. Im Berichtsjahr wurde der Restbetrag (341 TEUR) komplett in die Rückstellungen eingestellt. Der Ausweis erfolgt ab dem Berichtsjahr unter übrige Betriebsaufwendungen.

Das **periodenfremde Ergebnis** beruht auf Erträgen (7 TEUR) und Aufwendungen (-50 TEUR) im Wesentlichen für Marktforschungsaktivitäten. Der Ausweis erfolgt ab dem Berichtsjahr unter sonstige Erträge bzw. übrige Betriebsaufwendungen.

Ein **Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag** ist, gesellschaftsvertraglich bedingt, grundsätzlich ausgeschlossen.

2.2. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:



	2016 TEUR	2015 TEUR
Periodenergebnis (vor Aufwandsausgleich der Gesellschafter)	-5.423	-5.312
Abschreibung (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	334	258
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-9
Abnahme (-)/Zunahme (+) der langfristigen Rückstellungen	173	178
Abnahme (-)/Zunahme (+) der sonstigen Rückstellungen	62	4
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-217	-59
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	240	26
▶ Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-4.831	- 4.914
Einzahlungen (+) aus Verkauf Anlagevermögen	0	9
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Anlagevermögen	-447	-412
▶ Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-447	-403
Ertragswirksame Erstattungen der Gesellschafter	5.423	5.312
▶ Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	5.423	5.312
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	145	-5
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.120	3.125
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.265	3.120

Im Geschäftsjahr 2016 war die Zahlungsfähigkeit jederzeit gegeben.

Die flüssigen Mittel des Finanzmittelfonds sind bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) als Tagesgelder angelegt (1.800 TEUR), sowie Bestandteile der Geschäftskonten bei der Hamburger Sparkasse AG, Hamburg, (1.395 TEUR), der HSH Nordbank AG, Hamburg, (68 TEUR) und der Kasse (2 TEUR).

2.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage sind die einzelnen Posten der Bilanz nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst. Die Guthaben bei der HGV sind den flüssigen Mitteln zugeordnet.

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	486	9,6	345	7,5	141
Sachanlagen	342	6,7	370	8,0	-28
▶ Anlagevermögen	828	16,3	715	15,5	113
Liefer- und Leistungsforderungen	603	11,9	552	12,0	51
Forderungen aus Aufwandsausgleich	12	0,2			12
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	371	7,3	216	4,7	155
Flüssige Mittel	3.265	64,3	3.120	67,8	145
▶ Umlaufvermögen	4.251	83,7	3.888	84,5	363
Gesamtvermögen	5.079	100,0	4.603	100,0	476
Gezeichnetes Kapital	60	1,2	60	1,3	0
▶ Eigenkapital	60	1,2	60	1,3	0
Pensionsrückstellungen	3.172	62,5	2.835	61,6	337
Altersteilzeitrückstellungen	331	6,5	506	11,0	-175
Jubiläumsrückstellungen	113	2,2	102	2,2	11
▶ Längerfristiges Fremdkapital	3.616	71,2	3.443	74,8	173
Steuerrückstellungen	67	1,3	66	1,4	1
Übrige Rückstellungen	304	6,0	242	5,3	62
Erhaltene Anzahlungen	94	1,9	95	2,1	-1
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	403	7,9	395	8,6	8

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich	0	0,0	186	4,0	-186
Übrige Verbindlichkeiten	535	10,5	116	2,5	419
▶ Kurzfristiges Fremdkapital	1.403	27,6	1.100	23,9	303
▶ Fremdkapital	5.019	98,8	4.543	98,7	476
Gesamtkapital	5.079	100,0	4.603	100,0	476

Die Investitionen in **immateriellen Vermögensgegenstände** bestanden im Wesentlichen aus einem Haltestellenkataster sowie weitere Ergänzungen im Rahmen der Einführung des eTicketing.

Die Entwicklung der **Sachanlagen** ist das Ergebnis der Investitionen in den Ersatz eines Geschäftsfahrzeugs, der routinemäßigen Ergänzung und Erneuerung von Hardwarekomponenten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung und der planmäßigen Abschreibung. Das Unternehmen verfügt neben 4 Personenwagen sowie den üblichen Betriebs- und Geschäftsausstattungen eines Bürounternehmens über kein weiteres Anlagevermögen.

Die **Liefer- und Leistungsforderungen** resultieren im Wesentlichen aus der Jahresendabrechnung der im Geschäftsjahr durch die Gesellschaft erbrachten und gesondert gegenüber den VVU abgerechneten Leistungen im Zuge der Verkehrserhebung, der Einnahmenaufteilung, des Kundendialog, der Marktkommunikation, des eTicketing und der Einnahmensicherung.

Forderungen aus Aufwandsausgleich entstehen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr gemäß der Planung / Hochrechnung und den der HVV GmbH auszugleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses. Im Berichtsjahr ergaben sich aus diesem Unterschiedsbetrag erstmalig Forderungen (12 TEUR).

Die Position **sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet hauptsächlich Steuererstattungsansprüche (Umsatzsteuererstattung 225 TEUR) sowie Abgrenzungen im Rahmen der Direktversicherung.

Die **flüssigen Mittel** setzen sich aus Kassenbeständen, Guthaben bei Kreditinstituten und bei der HGV angelegtem Tagesgeld zusammen.

Die Eigenkapitalquote liegt bei 1,2 % bei einer Erhöhung der Bilanzsumme um 10,3 %. Durch die gesellschaftsvertraglich vereinbarte Verlustausgleichsverpflichtung sowie adäquate unterjährige Abschläge auf die endgültige Ausgleichsverpflichtung, ist die geringe Kapitalausstattungsquote zu rechtfertigen.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber einem Geschäftsführer sowie für drei weitere Personen im Ruhestand bedingen die **Pensionsrückstellungen**. Im Berichtsjahr wurden 148 TEUR in Anspruch genommen, dem gegenüber steht eine Zuführung von 485 TEUR. Bei der Zuführung wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den gesamten Restbetrag der über 15 Jahre zu verteilenden Zuführungsverpflichtungen gemäß BilMoG, in einer Summe abzugelten (341 TEUR). Den kumulierten Verpflichtungen für Pensionszusagen steht das Betriebsvermögen im Wesentlichen in Form der Anlage bei der HGV sowie den Guthaben bei Kreditinstituten gegenüber.

Die **Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen** veränderte sich im Geschäftsjahr durch Zuführung von 58 TEUR und Inanspruchnahme von 233 TEUR um -175 TEUR gegenüber der Vergleichsperiode.

Die **übrigen Rückstellungen** enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen für nicht genommene Urlaubstage der Mitarbeiter/-innen (89 TEUR), ausstehende Lieferantenrechnungen (181 TEUR), Prüfungskosten des Jahresabschlusses und die Steuerberatung der GmbH (18 TEUR), Prüfungskosten der Einnahmenaufteilung (9 TEUR), Prüfungskosten der Qualitätssteuerung (7 TEUR).

Die **Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten** ergeben sich aus Leistungsabrechnungen des laufenden Geschäfts.

Für die Position **Verbindlichkeiten aus Aufwandsausgleich** erfolgte aus Gründen der Bilanzklarheit eine Umbenennung (vorher Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter). Die Verbindlichkeiten entstanden im Vorjahr aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Vorauszahlungen der Gesellschafter im Geschäftsjahr gemäß der Planung / Hochrechnung und den der HVV GmbH ausgleichenden Aufwendungen nach Feststellung des Jahresergebnisses.

Die **übrigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern und Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVV GmbH geordnet.

3. Umweltbericht

Der aktive Schutz unserer Umwelt wird als ganzheitliche Aufgabe der Unternehmensführung sowie als Bestandteil der Unternehmenskultur gelebt.

Die HVV GmbH handelt, soweit es im Rahmen eines Bürobetriebes möglich ist, ökologisch (Einsatz von Öko-Strom; energiesparender Beleuchtung; Umweltpapier) und fair (Einsatz von fair gehandelten Verbrauchsmaterialien). Ferner fördert die HVV GmbH im Sinne eines innerbetrieblichen Mobilitätsmanagements gezielt die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Durch die Bereitstellung eines Großkundenabonnements (ProfiCard) legen die Mitarbeitenden das Gros dienstlicher Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Ebenso wird die Nutzung des Fahrrades unterstützt, in dem am Dienort u.a. witterungsgeschützte, abschließbare Abstellanlagen sowie Umkleide- und Duschköglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Auch eine Flotte von Falträdern wird bereitgehalten.

Die Stellung des HVV als der wesentliche Partner im Mobilitätsverbund in der Region Hamburg wird durch eine Vielzahl von Aktivitäten der Verbundgesellschaft gefördert.

Dazu zählen zum einen längerfristig ausgerichtete Arbeitsschwerpunkte, wie die Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Dies läuft unter der Dachmarke „Switchh“, die von der Hamburger Hochbahn AG entwickelt wurde und die ein Bestandteil der HVV Produkte ist. Mit „Switchh“ stehen den Kunden neben dem umweltfreundlichen ÖPNV-Angebot mit StadtRAD und Carsharing weitere ergänzende Verkehrsmittel zur Verfügung.

Darüber hinaus engagiert sich die HVV GmbH in verschiedensten umweltbezogenen Fragen. So ist die HVV GmbH im Zuge des Hamburger Masterplans Klimaschutz an der Erarbeitung eines CO₂-Monitorings im Verkehrsbereich beteiligt. Weiterhin bringt sich die HVV GmbH in die fachliche Diskussion und inhaltliche Ausgestaltung der kommunalen Lärmaktions- und Luftreinhalteplanung ein. Schließlich wird im Rahmen des breit gefächerten Aufgabenfeldes der HVV-Haltestellenumfeld-Koordination an bisher fast 50 ausgewählten Haltestellen u.a. auch der Verschmutzung des öffentlichen Raumes aktiv entgegengewirkt.

4. Kundenbericht

4.1. Kundendialog

Der Kundendialog der HVV GmbH war auch 2016 wieder ein wichtiges Bindeglied zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern im HVV. Da der Fahrgast den Kontakt gerne über einen zentralen Ansprechpartner sucht, lief ein großer Teil der rund 30.000 Kritiken, Anregungen und Verbesserungsvorschläge über das Kontaktformular des zentralen Internetauftritts des Verbundes ein, um dann an die jeweils zuständigen Partner weitergeleitet zu werden. In diesem Netzwerk gibt es zwischen allen beteiligten Unternehmen kurze Wege und schnelle

Kommunikation im Interesse des Fahrgastes. Gleichwohl wird stets an weiteren Verbesserungen gearbeitet. Die Erkenntnisse aus der fortlaufenden Interaktion sowohl mit den Kunden als auch zwischen den einzelnen Beteiligten im Verkehrsverbund werden genutzt, um die Prozesse im Beschwerdemanagement noch effizienter zu gestalten. Oberstes Ziel dabei ist es, die seit Jahren hohe Kundenzufriedenheit zu erhalten und möglichst noch zu steigern.

4.2. HVV-Garantie

Im Jahr 2011 hat der HVV ein umfassendes Pünktlichkeitsversprechen etabliert. Die HVV-Garantie besagt, dass ein Fahrgast, der aufgrund von Verspätungen oder Fahrtausfällen mehr als 20 Minuten zu spät an seinem Ziel ankommt, Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von mindestens 50 Prozent des Fahrpreises hat. Die HVV-Garantie gilt unabhängig davon, welche Ursache die Verspätung oder der Fahrtausfall hat.

Insgesamt gingen im Jahr 2016 70.553 Anträge mit einer beantragten Entschädigungssumme von rund 100 TEUR ein. Diese Zahlen liegen damit auf dem Niveau des Vorjahres. Der Verlauf der Antragstellung zeigt, dass die Fahrgäste sensibel auf einzelne Vorkommnisse reagieren, besonders im regionalen Eisenbahnverkehr im Umland mit vergleichsweise geringerer Taktfolge. Als Einzelereignis mit hoher Antragszahl ist hervorzuheben der frühe Wintereinbruch am 8./9. November 2016, der zu Schneebruch und damit zu mehreren Streckensperrungen im Umland führte.

Das bezogen auf die Gesamtfahrgastzahl dennoch recht niedrige Antragsniveau ist ein Beleg für das insgesamt gute Pünktlichkeitsniveau der HVV-Verkehrsmittel, was auch durch Kundenzufriedenheitsbefragungen bestätigt wird.

Die HVV-Garantie wird mit Blick auf aktuelle und zukünftige Gegebenheiten laufend weiterentwickelt. Geplant ist die Einbindung der HVV-Garantie in „MeinHVV“ sowie die vereinfachte Garantieabwicklung für Nutzer von mobilen Endgeräten. Auch die zunehmende Bedeutung elektronischer Vertriebswege ist zu berücksichtigen.

5. Risikobericht

Zur Sicherung der Existenz des Unternehmens ist ein vorausblickendes und wirkungsvolles Risikomanagement ein wichtiger Bestandteil der Unternehmensführung. Sämtliche Risiken müssen von der Geschäftsführung überschaubar und kontrollierbar sein. Risiken werden infolgedessen in die unterjährige Vorausschau, die Mittelfristplanung und die Strategiegespräche einbezogen. Hierzu identifizieren und bewerten regelmäßig alle Bereiche ihre eventuellen Risiken, die zu einem regelmäßigen Risikobericht zusammengefasst und dem Management vorgetragen werden.

Im Bericht der Geschäftsführung zur wirtschaftlichen Lage wird der Aufsichtsrat zu allen ordentlichen Sitzungen über den Stand der Risikoanalyse informiert.

Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen können, sind aktuell nicht erkennbar.

Die Finanzierung des Unternehmens erfolgt durch die verantwortlichen Gebietskörperschaften als Gesellschafter und durch die Berechnung von Leistungen für Dritte.

Die Gesellschaft hält Personal in ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen zur Wahrnehmung von Aufgaben für Dritte vor. Fallen diese drittfinanzierten Tätigkeiten weg, ist die Mitarbeiterzahl entsprechend anzupassen. Aus zeitlichen und gegebenenfalls sozialen Aspekten könnte dies zu einer unplanmäßigen Belastung des Etats führen.

Die liquiden Mittel der Gesellschaft werden in Form von Tagesgeldern bei der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH angelegt. Die Gesellschafter, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sind sich darüber einig, dass die Anlage bei einem Unternehmen der öffentlichen Hand mit nur geringem Risiko behaftet ist.

Der gesellschaftsvertragliche Rahmen lässt keinen Handlungsspielraum zur Wahrnehmung von Chancen in Bezug auf eine Gewinnerreichung zu.

Neben den direkten monetären Risiken stehen zunehmend auch virtuelle Risiken im Fokus. So sind intensive und nachhaltige Anstrengungen in Bezug auf Datensicherung und Datensicherheit ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung, um Gefahren vom Unternehmen abzuwenden und der Verantwortung allen Beteiligten gegenüber gerecht zu werden.

6. Chancenbericht und Prognose

Neben der Erfüllung der Basisaufgaben sind für das Unternehmen als Schwerpunkte für das Jahr 2017 zu nennen:

- die verbundweite Einführung des eTicketing;
- die Entwicklung und Erprobung einer Dispositionsplattform für flexible Verkehre;
- die Prüfung einer möglichen südlichen Tariferweiterung im SPNV;
- die Koordination der Maßnahmen zur vollständigen Barrierefreiheit nach dem PBefG;
- Implementierung eines Haltestellenkatasters;
- die Einführung des Wohn- und Mobilitätskostenrechners;
- der Anschub weiterer operativer Maßnahmen im Zuge des demografischen Wandels und dessen Auswirkungen im ÖPNV;
- die Beteiligung an den Planungsarbeiten zum U- und S-Bahnausbau;
- die Mitwirkung beim weiteren Ausbau und der Optimierung der Busverkehre.

Aktuelle gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Ereignisse können weitere ungeplante Aufgaben und Anforderungen der Aufgabenträger begründen.

Um alle sich bietenden strategischen Potenziale optimal ausschöpfen zu können werden die Chancen (und Risiken) des Unternehmens in einem jährlich stattfindenden Strategieworkshop, unter Teilnahme aller Führungskräfte, umfänglich dargelegt und erörtert. Die möglichen Chancen werden wirtschaftlich betrachtet und innerhalb des organisatorischen Rahmens umgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2017 werden keine wesentlichen Änderungen der Rahmenbedingungen erwartet. Im laufenden Jahr wird von leichten Zuwächsen im Umsatz und im Fremdleistungsetat ausgegangen.

Der Rahmen der Gesellschaft wird planerisch für die Folgejahre als unverändert unterstellt. Für das Jahr 2017 ist ein Ergebnisausgleich von 7.296 TEUR brutto durch die Gesellschafter vorgesehen. Vor diesem Hintergrund geht die Gesellschaft in der mittelfristigen Planung unter Einbeziehung aller ergebnisrelevanten Faktoren, von einer jährlichen Steigerung des Ergebnisausgleiches von durchschnittlich 3,2 % aus.

Hamburg, den 17. März 2017

HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH

Lutz Aigner, Geschäftsführer

Dietrich Hartmann, Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HVV Hamburger Verkehrsverbund Gesellschaft mbH, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 25. April 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft